

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag, Vierteljährlicher
Abonnementpreis: durch die Post bezogen
1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. —
Die Bohnanstalten für Berlin alle Zeitungs-
Spezialre. nehmen Bestellungen an.
Preisliste pro Zeile: Geschäftsans. 25 Pf.
Samstagsausg. 15 Pf. Vereinsangelegen.
10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Redaktion
u. Druck: N.O. Geschäftsverh. 22/23.
Gesamtdruck: 1. Juni VII. Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Betriebs-Verträge
vom
Centralrathe der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Erweiterung).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.
unter einer Woche tritt der Abonnementpreis
des ersatzigen Betrages von 75 Pf. ein, welche
franco an den Verbandsverleger Rudolf
Klein, N.O. Geschäftsverh. 22/23, ein-
zusenden sind. Nur Mitglieder 35 Pf. pro
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement
jetzt der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar.
Gesamtdruck: 1. Juni VII. Nr. 4720.

Nr. 20.

Berlin, 18. Mai 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Kampf in der deutschen Metallindustrie. — Die Fabrikeninspektion
und die Arbeiter. — Die zweite Haager Friedenskonferenz. — Die Wahl-
rechtsverhandlungen in Preußen. — Wochenschau. — Gewerksvereins-Zeit.
— Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Der Kampf in der deutschen Metallindustrie.

Der Verband deutscher Metallindustrieller hat Beratungen
gepflogen über eine eventuell vorzunehmende Aussperrung aller
oder eines Teils der in den Betrieben seiner Mitglieder beschäftigten
Arbeiter. Wie einige Zeitungen meldeten, sollte der
Beschluss gefasst sein, daß die Aussperrung am 10. Mai vor sich
zu gehen habe. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ erklärt aber, daß ein
Beschluss, eine Aussperrung am 10. Mai vorzunehmen, nicht
erfolgt sei. Der „Vorwärts“ hält diese Behauptung der „Arbeit-
geber-Zeitung“ für eine kalblütige Lüge. Der Verband der
Metallindustriellen „weicht anscheinend mutig zurück“.

Der Kampf ist zurückzuführen auf die vom Metallarbeiter-
verband eingeleitete Formerbewegung, welche u. a. zum Ziele
hatte die Einführung eines bestimmten Minimallohnes und die
10 stündige Arbeitszeit.

Neuerdings verlautet wieder, daß eine Aussperrung am
26. Mai erfolgen soll. Der „Deutschen Tageszeitung“ wird aus
Dresden geschrieben, daß die Aussperrung an dem genannten
Tage auch in den Betrieben der deutschen Metallindustrie vor-
genommen werden soll, in welchen keine Kündigungsfrist besteht.
Es sollen zunächst 30 pCt. der Organisierten ausgesperrt werden.
Darauf soll 8 Tage gewartet werden, ob dies die „kämpfende
Arbeiterchaft zur Befriedung bringt“ und sofern dies nicht der
Fall ist, so soll zur Aussperrung von weiteren 50 pCt. in allen
Betrieben geschritten werden.

Die entschieden arbeiterfreundliche „Soziale Praxis“ rät den
Arbeitern nachzugeben. Wenn die Unternehmer den Beschluss auf
Aussperrung fassen, dann haben sie natürlich auch ein Interesse
daran, diesen Beschluss zur Ausführung zu bringen. Es fragt
sich nur, inwieweit alle Arbeitgeber sich einem Beschlusse dieser
Art fügen werden. Immerhin wird ein Aussperrungsbeschluss
große Kämpfe zur Folge haben und deshalb muß beiden Seiten
angeraten werden, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben.
Nach den bisherigen Erfahrungen hat die Arbeiterchaft in solchen
Kämpfen unterliegen müssen. Als im letzten Herbst und Winter
die für die Arbeiter unglücklich verlaufene Aussperrung der
Lehringer Textilarbeiter beendet war, stellte der sozialdemokratische
„Textilarbeiter“ (Nr. 49) die Frage auf:

„Weshalb stellen wir den Streik nicht ein, als die Aussperrung perfekt
werden sollte? Nur weil die Streikenden es nicht wollten.
Mit diesem System der Kampfführung muß gebrochen werden. Es ist
nicht angängig, daß die „Führer“ nur die Kämpfer begleiten; sie sollen sie
führen, und die Truppen haben ihnen zu gehorchen und
Disziplin zu bewahren. Von vornherein hätten die Führer den
Maffen abraten müssen, das durch die Aussperrung erweiterte Kampffeld zu
betreten; und wären die Maffen von der Pflicht erlöst gewesen, Disziplin
zu bewahren, wären sie solchen Weisungen sicher nachge-
kommen.“

Es ist nicht viel damit anzufangen, wenn solche Ansichten
erst zum Ausdruck gebracht werden, wenn die Niederlage der Ar-
beiter perfekt geworden ist. Wert hätten solche Äußerungen nur
dann, wenn sie für kommende Fälle entsprechend gewürdigt würden.

Als die Berliner Metallarbeiter im vorjährigen Kampfe gegen
die Großen in der Elektrizitätsindustrie unterlegen waren, erschien
in der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 44)
folgende energische Erklärung:

„Es darf nicht wieder vorkommen, daß man in der Nachlässigkeit so
weit geht, den Streikenden die endgültige Entscheidung
in einer so tief einschneidenden Frage zu überlassen, ob
noch weitere Tausende ausgesperrt werden sollen oder
nicht. Darüber dürfen nur die der Gesamtheit verantwort-
lichen Instanzen entscheiden, die, wenn es die Verhältnisse erfordern,
von der ihnen zugehenden Befugnis ohne Rücksicht auf gewisse Stimmungen
Gebrauch machen müssen.“

In der Tat, die Verantwortung bleibt in allen Kämpfen
den Führern, die sie aber nur dann wirklich tragen können, wenn
die Masse ihnen folgt. Innerhalb des Verbandes der Metall-
arbeiter gibt es aber so viel unbefohlene Draufgänger, die durch
ihre Reden in den Versammlungen die Situation ganz unnötiger
Weise nur noch verschärfen. Wenn dies aber geschehen ist, dann
kann man es wohl begreiflich finden, wenn die Arbeiter nicht
bereit sind, plötzlich, auch wenn der rechte Augenblick dazu ge-
kommen ist, einzulenken.

In den Zeitungen wurde auch sehr viel davon gesprochen,
daß nur die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes ausgesperrt
werden sollten. Das ist insofern ein Irrtum, als tatsächlich
z. B. in Breslau auch die Gewerksvereiner und ebenso auch An-
gehörige des christlichen Metallarbeiterverbandes von der Aus-
sperrung betroffen worden sind. „Die Welt am Montag“ will
aber wissen, daß „nachträglich ermittelt worden sei“, daß sowohl
die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine als auch die christlichen
Gewerkschaften sich mit den Sozialdemokraten solidarisch erklärt
hätten. Dies soll also heißen, daß die Gewerksvereiner und die
Christlichen das Verlangen an die Unternehmer stellen, sie mit
auszusperrn, um der Solidarität mit den Sozialdemokraten
gerecht zu werden. Verhandlungen nach dieser Richtung haben
aber garnicht stattgefunden. Die Gewerksvereiner denken jeden-
falls nicht daran, die Solidarität mit den sozialdemokratisch
organisierten Metallarbeitern dahin aufzufassen, daß sie hinter
jenen blindlings einhertröten wollen. Der Metallarbeiterverband
hat niemals eine Solidarität mit den Gewerksvereinern zur
Weltung gebracht. Sein Sinnen und Trachten ging vielmehr
immer und allein nur darauf hinaus, die Gewerksvereiner zu
bekämpfen. Jener Arbeiterverband hat gegen unsere Arbeiter-
organisation einen viel schärferen Kampf geführt, als jemals
gegen die Unternehmer.

Unsere Gewerksvereine werden überall Solidarität üben, wo
sie von vornherein mit dabei sind und auch ihre Anschauungen
zur Geltung bringen können. Ebenso werden sie überall sich
bestens dafür bedanken, den sozialdemokratischen Metallarbeitern
die Kastanien aus dem Feuer zu holen, um dafür dann oben-
drein mit Fußtritt regaliert zu werden. Die Solidarität der
Arbeiter hat zur Voraussetzung die gegenseitige Achtung und
Anerkennung der Organisationen untereinander. Diese Auffassung
haben die Gewerksvereine bei allen großen Bewegungen zum
Ausdruck gebracht. Nuttig und selbstlos, treu und beharrlich
haben wir Schulter an Schulter mitgekämpft, wo jene Vorbedin-
gungen erfüllt waren. Ohne dies aber werden die Gewerksvereiner
wie heute so auch in Zukunft ihren eigenen Weg gehen und sich nicht
zu Schleppenträgern jener Leute machen lassen, die keine andere

Meinung gelten lassen wollen, als die übrige. Es ist nur zu sehr Tatsache: brutaler und rücksichtsloser wie der Metallarbeiterverband gegen andersdenkende Arbeiter vorgeht, gehen selbst die größten Scharfmacher unter den Unternehmern nicht gegen die Arbeiter vor. Die Gewervereiner verdienen ihren ehrenvollen Namen nicht, wenn sie sich von Leuten solcher Art einfach ins Schlepptau nehmen lassen wollten.

Δ Die Fabrikeninspektion und die Arbeiter.

III.

Regierungsbezirk Schleswig. Gehelmer Regierungs- und Gewerberat Grünwald in Schleswig. Die bei allen Inspektionen eingerichteten Sprechstunden sind nur wenig benutzt worden. Im ganzen aber hat der Verkehr in den Diensträumen zugenommen. Es erschienen 536 Personen mit Anliegen verschiedener Art, 425 Arbeitgeber und 72 Bauunternehmer, Klestanten usw. 38 Arbeiter brachten Beschwerden über mangelhafte Schutzvorrichtungen, gefehlvollgeleitete Arbeit, zu lange Arbeitszeit, Verkümmern der Sonntagsruhe, Nichtigmachung von Bauten vor, oder hielten sich Rat bei Streitigkeiten mit ihren Arbeitgebern. Die Angaben ihrer Beschwerden erwiesen sich meistens als begründet und gaben zum erfolgreichen Einwirken Anlaß.

Arbeiterorganisationen haben sich verschiedentlich, meist mit schriftlichen Anzeigen über Mängel in gewerblichen Betrieben, an die Gewerbeinspektoren gewandt. Ein Nachverband lud den Gewerbeinspektor zu einer Sitzung ein, in der Beschwerden über unzulässige Sonntagsarbeit vorgebracht werden sollten. Der Beamte folgte der Einladung, fand, daß die einschläglichen Bestimmungen mangelhaft bekannt waren, und daß die Beschwerdeführer nur unzureichendes Beweismaterial beibringen konnten.

Regierungsbezirk Hannover, Osnabrück und Aurich. Gehelmer Regierungs- und Gewerberat Rosnowski in Hannover. Der Verkehr der Arbeiter mit den Beamten ist zwar bei einigen Gewerbeinspektionen reger geworden, läßt aber noch keineswegs erkennen, daß bei den Arbeitern ein genügendes Verständnis für die Bedeutung der direkten Beziehungen zu den Gewerbeaufsichtsbeamten vorhanden ist. Die Vertreter von Arbeiterorganisationen nahmen in 12 Fällen Veranlassung, mit den Beamten in persönlichen Verkehr zu treten und Beschwerden vorzubringen, auch haben sie meistens die ihnen von den Verbandsmitgliedern unterbreiteten Klagen schriftlich an die Gewerbeinspektionen weitergegeben. Die Gewerbeinspektoren in Hannover und Linden haben dem Ersuchen, in Arbeitervereinsversammlungen einen Vortrag zu halten, bereitwillig entsprochen.

Regierungsbezirk Hildesheim. Gehelmer Regierungs- und Gewerberat Schüller in Hildesheim. Von Arbeitern wurde der Rat um die Hilfe der Beamten zwar mehr als früher, jedoch immer noch nicht in dem wünschenswerten Umfange in Anspruch genommen. Es erschienen in den Amtszimmern während der Sprechstunden 5 (10) und außerhalb derselben 9 (8) Arbeiter, um Beschwerden vorzubringen und Rat in Sachen ihrer Arbeitsverträge zu erbitten — Mit Arbeiterorganisationen hat ein persönlicher Verkehr nicht stattgefunden. — In der Regel werden Mängel lediglich in Versammlungen oder in der Presse erörtert.

Regierungsbezirk Lüneburg und Stade. Regierungs- und Gewerberat Vahdorff in Lüneburg. Der mündliche Verkehr in den Diensträumen der Gewerbeinspektionen war ebenso schwach wie in den Vorjahren. Nur 283 Arbeitgeber oder deren Vertreter und 40 Arbeiter haben die Beamten aufgesucht.

Regierungsbezirk Münster. Regierungs- und Gewerberat Pirsch in Münster. Das Verhältnis der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern und zu den Arbeitern war auch im Jahre 1905 recht befriedigend. Als Zeichen besonderen Vertrauens ist es anzusehen, daß der Gewerbeinspektor in Bocholt in 4 Fällen, in denen es sich um erste Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in der Textilindustrie handelte, von den Parteien um seine Vermittlung angegangen wurde. Der Beamte hatte die Freude, daß seine Bemühungen in allen Fällen zum befriedigenden Ergebnis für beide Teile führten.

Die Gesamtzahl der dienstlichen Besuche in den Amtsräumen betrug 318 (gegen 301 im Jahre 1904). Hieron entfielen auf Arbeitgeber 180 (155), auf Arbeiter 51 (94) und auf sonstige Personen 87 (52). Daß die Zahl der Arbeiterbesuche, trotz des bereitwilligen Entgegenkommens der Beamten nicht unbeträchtlich zurückgegangen ist, erklärt sich aus der ganz besonders regen Tätigkeit, welche die Volksbureaus und Arbeiterssekretariate im Bezirke entwickelten.

Regierungsbezirk Minden. Regierungs- und Gewerberat Müller in Minden. Die Zahl der Personen, welche die Gewerbeinspektoren aufsuchten, um von ihnen Rat und Auskunft einzuholen oder Beschwerden bei ihnen anzubringen, hat gegen das Vorjahr bei 2 Inspektionen ab- und bei einer zugenommen. Sie betrug 478 und verteilte sich auf 412 Arbeitgeber und 61 Arbeiter.

Ein Verkehr der Gewerbeaufsichtsbeamten mit den Arbeiterorganisationen hat nur bei der Gewerbeinspektion in Bielefeld insofern statt-

gefunden, als die Vorsitzenden der Organisationen dem Gewerbeinspektor von den zu ihrer Kenntnis gekommenen Mängeln in gewerblichen Betrieben Mitteilung machten. Sämtliche von diesen Stellen eingegangenen Beschwerden haben sich als begründet erwiesen.

Regierungsbezirk Arnberg. Regierungs- und Gewerberat Oppermann in Arnberg. Die Beziehungen der Gewerbeaufsichtsbeamten zu Arbeitgebern und Arbeitern, welche durchweg als zufriedenstellend zu bezeichnen waren, werden in gewisser Weise durch die Besucher charakterisiert, die mündlichen Verkehr in den Diensträumen der Gewerbeinspektionen suchten. Die Zahl der Arbeitgeber und ihrer Beauftragten, die im Berichtsjahre die Gewerbeinspektionen aufsuchten, um Rat und Auskunft in gewerblichen Angelegenheiten einzuholen, betrug 1463 (gegen 1397 Besucher im Vorjahre). Arbeiter haben in 402 Fällen (gegen 397 im Vorjahre) die Gewerbeinspektionen aufgesucht.

Den Arbeitern ist es nicht entgangen, daß ihr Verkehr mit den Gewerbeaufsichtsbeamten in den Kreisen der Arbeitgeber im allgemeinen nicht gern gesehen wird. Dieses beweisen ihre anonym gehaltenen Eingaben und ihre den Beamten mündlich vorgebrachten Bitten, den Arbeitgebern nichts über ihren Verkehr mit den Beamten mitzuteilen.

Wenn die Arbeiter mehr als bisher davon zu überzeugen wären, daß das Vorbringen ihrer Anliegen nicht ohne ihren Willen andern Personen mitgeteilt wird, und wenn andererseits die Arbeitgeber in größerem Maße als bisher einsehen möchten, wie nutzbringend ihnen der Verkehr zwischen ihren Arbeitern und den Gewerbeaufsichtsbeamten dadurch wird, daß vor dieser unparteiischen Stelle viele Konflikte im Keime erstickt werden, so würde der sich noch meistens sehr mangelhafte Verkehr zwischen den Gewerbeaufsichtsbeamten und den Arbeitern wesentlich heben können.

Ein Verkehr der Arbeiterorganisationen mit den Gewerbeaufsichtsbeamten hat in den Inspektionsbezirken Bochum und Selsenkirchen nicht stattgefunden. Der Gewerbeinspektor in Iserlohn wurde nur einmal von dem Vorsitzenden eines Arbeitervereins auf dem Amtszimmer besucht. Der Gewerbeinspektor in Lüdenscheid wurde einmal mündlich und dreimal schriftlich von Vertretern der Arbeiterorganisationen in Anspruch genommen. Bei dem Gewerbeinspektor in Arnberg ging eine schriftliche Eingabe eines Arbeitervereins über Beschäftigung junger Arbeiter in einer Glashütte ein

Bei dem Gewerbeinspektor in Unna liefen vier schriftliche Eingaben ein, die sich durchweg auf Mängel in bestimmten Betrieben bezogen. Wegen dieser Beschwerden fanden in drei Fällen mündliche Besprechungen mit den Vertretern der Organisationen statt. Den Gewerbeinspektor in Schwelm haben die Vertrauensmänner und Vorstände der Arbeiterorganisationen verschiedentlich auf mündlichem und schriftlichem Wege in Anspruch genommen; dabei handelte es sich vielfach um Beschwerden über gesundheitliche Mängel in den Betriebsstätten. In einem Falle entsprach der Gewerbeinspektor dem Wunsch, bei einem in einer Banzwirtschaft ausgebrochenen Streik die Vermittlung zu übernehmen, die allerdings zu keinem befriedigenden Ergebnis führte

Die Gewerbeinspektionsbeamten in Hagen haben dreimal in Gewerkschaftsversammlungen Vorträge gehalten. Der Verkehr mit den Vorsitzenden dieser Vereine und mit den Verbandssekretären fand in ungezwungener Weise gelegentlich der Beratungen des Ausschusses der Hagener Section des Vereins für soziale Reform statt, dem fast alle Hagener Arbeiterorganisationen mit Ausnahme der freien Gewerkschaften angehören. Mit den Vertrauensmännern der Arbeiterorganisationen hat zweimal ein schriftlicher Verkehr über Mängel stattgefunden, die sich in Hagener Fabriken fanden. Der Gewerbeinspektor in Hagen wurde in dem Eingangsamt der Hagener Holzarbeiter, dessen Vorsitzender er ist, einmal von seinen Arbeitern in Anspruch genommen. Es bedurfte nur einer Aufklärung, um die zwischen einem Gewerbetreibenden und seinen Arbeitern bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Der Gewerbeinspektor in Dortmund erhielt von verschiedenen Arbeiterorganisationen 14 Zuschriften, die sich in 11 Fällen auf Gefehlvolligkeiten und angebliche Mängel in gewerblichen Betrieben bezogen. Im Amtszimmer der Dortmunder Gewerbeinspektion sind im Laufe des Berichtsjahres sechs Vertreter der Vorstände von Arbeiterorganisationen erschienen, um in mündlicher Aussprache Mängel in Gewerbebetrieben zu erörtern, um Vermittlung in einem Streik zu ersuchen und Abänderung einer Bestimmung der neu erlassenen Normalarbeitsordnung der Dortmunder Brauereien zu beantragen. Auf Ersuchen des Ortsverbandes Dortmund von Deutschen Gewerksvereine (D.-D.) hat ein Gewerbeinspektor in einer Vereinsversammlung einen Vortrag über die Befugnisse der Gewerbeinspektion und des Gewerbegerichts gehalten. In der anschließenden Besprechung des Vortrages wurde der Wunsch nach überraschenden, ohne vorherige Anmeldung im Fabrikkontor auszuführenden Revisionen geäußert, und es als wünschenswert bezeichnet, daß die Gewerbeinspektionsbeamten sich längere Zeit und möglichst ohne Begleitung von Berufsbeamten in den Betrieben aufstellen, um den Arbeitern Gelegenheit zum Hinweis auf vorhandene Mängel zu geben. Bei der Mehrzahl der Versammlungsbesucher, insbesondere bei den Mitgliedern des Vorstandes, fand der Hinweis des Vortragenden volle Würdigung, daß ein derartiges Vorgehen der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht immer tunlich sei, weil

es im Interesse des Erfolges ihrer Tätigkeit liege, auch mit den Gewerbetreibenden ein möglichst gutes Einvernehmen zu unterhalten.

Regierungsbezirk Cassel. Regierungs- und Gewerberat Steinbrück in Cassel. Ueber die Beziehungen der Beamten zu den Arbeitgebern und Arbeitern kann auf den vorjährigen Bericht hingewiesen werden. Es ist erklärlich, daß die Inhaber der größeren und großen Unternehmungen den Anforderungen der Beamten willig entsprechen, weil die Befestigung von Mängeln über die aus der Beschaffung von Einrichtungen zum Schutze ihrer Arbeiter erwachsenden Lasten von ihnen leicht übernommen werden können, während viele von den kleineren Betriebsinhabern die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten teils der entstehenden Kosten wegen, teils aus dem Grunde willig verkennen, weil sie nicht einsehen, daß die auf ihre Betriebe angewendeten Vorschriften, die in ihrer Jugendzeit nicht bestanden haben, jetzt notwendig sein sollen. Selbst ein großer Teil der Arbeiter sieht den Schutzbefehlungen wenig freundlich gegenüber und erblickt in der Notwendigkeit zur Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeiten und der Pausen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, mit denen sie zusammenarbeiten, sowie in der Beförderung der Arbeitstätigkeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben und in den zur Vermeidung von Unfällen und Entkräftungen getroffenen Schutzmaßnahmen hauptsächlich eine Verminderung der Erwerbsmöglichkeit und Bewegungsfreiheit.

Zur mündlichen Bepfehlung und Auskunft haben 313 (1904: 819) Arbeitgeber und 100 (1904: 68) Arbeiter die Gewerbeaufsichtsbeamten in ihren Dienstzimmern aufgesucht, ferner haben 21 Arbeitgeber und 10 Arbeiter während der vom Gewerbeinspektor auf seinen Dienstreisen in Hanau festgesetzten Sprechstunden mit ihm Rücksprache genommen. Außerdem sind auch in diesem Jahre schriftliche Anzeigen über Betriebsmängel mit und ohne Unterschrift eingegangen. Die bisher wurde ihr Inhalt an Ort und Stelle geprüft und dafür gesorgt, daß da, wo die Beschwerden berechtigt waren, die Mängel beseitigt wurden.

Regierungsbezirk Wiesbaden. Regierungs- und Gewerberat Dr. Eymann in Wiesbaden. Der Verkehr auf den Dienstzimmern der Gewerbeinspektion hat etwas zugenommen. Im ganzen sprachen im Laufe des Jahres 972 (948) Arbeitgeber und 224 (192) Arbeiter vor; und zwar bei der Gewerbeinspektion Wiesbaden 94 Arbeitgeber und 6 Arbeiter, bei der Gewerbeinspektion in Frankfurt a. M. I 546 Arbeitgeber und 23 Arbeiter, bei der Gewerbeinspektion Frankfurt II 206 Arbeitgeber und 2 Arbeiter und bei der Gewerbeinspektion Limburg 126 Arbeitgeber und 193 Arbeiter.

Das Verhältnis der Beamten zu den Arbeitgebern ist abgesehen von wenigen Ausnahmen nach wie vor zufriedenstellend gewesen. Den Anregungen und Wünschen der Beamten wurde meist ohne weiteres Folge geleistet.

Manche Unternehmer pflegen auch bei den Revisionen bereitwillig die Erfüllung der gegebenen Anregungen zu versprechen und auf spätere schriftliche Anfragen sogar zu antworten, daß alles erledigt sei, während sich dann bei einer Nachrevision herausstellt, daß es nicht oder wenigstens nur ganz unvollständig geschehen ist. Daraus entstehen dann leicht unerwünschte Auseinandersetzungen und Verstimmungen. Derartige Erfahrungen haben dazu geführt, daß die Beamten zur Erreichung ihrer Ziele häufiger die Mitwirkung der Polizeibehörden in Anspruch genommen haben.

Die Arbeiter scheinen allmählich ihre Zurückhaltung gegenüber den Beamten aufzugeben, wenigstens läßt sich dies nach dem zunehmenden persönlichen und schriftlichen Verkehr annehmen. In Frankfurt a. M. I wenden sich die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen häufig mit mündlichen oder schriftlichen Anfragen an die Gewerbeinspektion, die ihrerseits bereitwillig Auskunft gibt und die vorgebrachten Beschwerden eingehend prüft und nötigenfalls für Abhilfe sorgt.

Regierungsbezirk Coblenz. Regierungs- und Gewerberat Köhl in Coblenz. Die Gewerbeinspektoren wurden in ihren Dienstzimmern 142 mal von Arbeitgebern, aber nur 14 mal von Arbeitern aufgesucht, deren Anliegen Lohnbesserungen und Entlassung ohne Kündigung betrafen. Die Besuche haben etwas nachgelassen.

Ein Verkehr mit den Arbeiterorganisationen hat sich bisher nicht entwickelt.

Die zweite Haager Friedenskonferenz.

Weldungen aus dem Haag wollten wissen, daß die holländische Regierung Vorbereitungen trifft für die zweite Haager Friedenskonferenz, die in diesem Sommer einberufen werden soll. Dem Vernehmen nach hätte die russische Regierung die Absicht, die Mächte zu einer zweiten Friedenskonferenz einzuladen, die im Juli oder August zusammentreten soll. Ein offizielles inspiriertes Berliner Telegramm der „Rin. Zig“ erklärt diese Nachricht für unwahrscheinlich. Nachdem von Amerika dem Jaren die Anregung zur Einberufung einer zweiten Konferenz überlassen sei, ist weiter keine Vorverhandlung zur Einberufung bisher gepflogen worden.

Der bekannte englische Rechtsgelehrte und Vorkämpfer für die Billerbeständigkeit, Sir Thomas Barclay, spricht sich über das Zustandekommen und die Aufgaben einer zweiten Haager Konferenz wie folgt aus:

„Seit 1899 haben eine ganze Anzahl von Fragen Zeit gehabt, auszureifen, und wenn es für mich auch noch ganz und gar nicht feststeht, daß die Einberufung eines neuen Kongresses im Haag unmittelbar zu erwarten ist, da hierfür zuerst die Einwilligung der verschiedenen Mächte eingeholt werden muß, so bin ich doch überzeugt, daß die zweite Friedenskonferenz weit wichtiger als die erste sein und auch ein bestimmter gefaßtes Programm haben wird. Es darf glücklicherweise ein stetiges Wachsen der öffentlichen Meinung zugunsten des Friedens konstatiert werden. Die Regierungen haben zwar selten Fühlung mit der wahren Volksstimme, können sich aber bis zu einem gewissen Grade ihrem Einflusse nicht entziehen. Als man z. B. kürzlich dem deutschen Kaiser kriegerische Neigungen imputierte, nahmen verschiedene sonst sehr distrierte und loyale deutsche Presseorgane stark Stellung gegen den Krieg. Und als Herr Delcassé seinen Plan einer Allianz mit England vorbrachte, die eine Bedrohung Deutschlands bedeutet haben würde, lernte er zu seinem Aerger, daß er sich hierbei nicht auf das französische Volk stützen konnte. Ich habe zwar selbst dazu beigetragen, die öffentliche Meinung in Frankreich zugunsten der „Entente“ mit England zu beeinflussen. Aber Entente und Allianz sind zwei ganz verschiedene Dinge. Die eine bedeutet Frieden, die andere Kriegsgefahr. Das französische Volk wollte von einer Verpflichtung, die der Nation möglicherweise den Krieg aufgezwungen hätte, nichts wissen. Und die britische Regierung sah ein, daß wir Engländer, so mißlieblich auch vielen von uns die deutsche Konkurrenz ist, doch nicht gewonnen waren, es zu einem Kriege mit Deutschland kommen zu lassen, nur um eine schwer angreifbare Flotte zu vernichten.“

Es dürfte wenig bekannt sein, daß Herr Delcassé nicht infolge einer deutschen Pression in der Marokkofrage, sondern weil er und das französische Kabinett hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der englisch-französischen Annäherung uneins waren, zurücktrat. Ich hörte davon letzten März und sprach mich in einer öffentlichen Versammlung gegen eine Allianz aus. Da das Projekt mir zu Ohren kam, ist es sicher, daß auch die deutsche Regierung davon Kenntnis hatte. Ohne den Delcasséschen Plan hätte es überhaupt keine Marokkofrage gegeben. Marokko war nur ein Vorwand. Die wahre Ursache des Sturzes Delcassés war sein Vorschlag eines Bündnisses mit England. Das Volk ist für Allianzen, die zu internationalen Verwicklungen führen, nicht zu haben. Das moderne Demokratentum verabscheut den Krieg und befehrt sich mehr und mehr zu der Auffassung, im Kriege nur ein Ueberbleibsel ehemaliger barbarischer Zeiten zu sehen. Aus diesem Grunde glaube ich auch, daß die nächste Konferenz politisch weit erfolgreicher als ihre Vorgängerin sein wird.“

Zu den wichtigsten Gegenständen, die im Haag diskutiert werden dürften, gehört meiner Ansicht nach die Schaffung neutraler Zonen zur Abgrenzung der Haupthandelswege über den Ozean. Es ist dies eine Frage, der man in Amerika das größte Interesse entgegenbringt, und mein lieber und geschätzter Freund, Herr Edward Atkinson in Boston, ist drüben der Hauptvertreter der Idee eines neutralen Gebietes im Atlantischen Ozean. Es handelt sich darum, durch internationalen Vertrag neutrale Zonen zwischen den Haupthäfen der Vereinigten Staaten einerseits und den Häfen Großbritanniens und Irlands und des europäischen Kontinents andererseits zu errichten, innerhalb derer Dampfern und Seglern, in Ausübung gesetzlich erlaubten Handels, freie Passage, ohne eine Intervention oder Beschlagnahme befürchten zu müssen, garantiert werden soll. Eine Ozeanroute ist gerade so gut abgrenzbar wie ein beliebiger Landestheil. Der Seemann vermag seine Position genau auf die Seemeile zu berechnen. Die von den Schiffen benutzten Verkehrsrouen sind heute fast ebenso genau begrenzt, wie die Fluß- und Kanalläufe. Diese Handelslinien wären von den Staaten, die untereinander auf den Austausch ihrer Erzeugnisse und Waren angewiesen sind, vertraglich festzulegen. Ihre Neutralisierung wäre zwischen den Staaten, die an den Atlantischen Ozean grenzen, und überhaupt den Nationen, die auf den überseeischen Verkehr angewiesen sind, zu vereinbaren.

Die vorgeschlagene Ozeanroute würde in Zukunft rechtlich dieselbe Stellung wie etwa die Schweiz, Belgien oder der Suezkanal einnehmen. Jede Beschränkung des Kriegsareals ist ein Gewinn. Ich führe vergleichsweise das Gebiet der großen Seen und der Wasserwege zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada an. Im Jahre 1817 wurde diese durch einfaches Uebereinkommen ohne Zugrundelegung eines besonderen Vertrages neutralisiert. Und das war das Resultat? Forts, die beiderseits errichtet waren, sind heute bloße romantische Ruinen. Man ließ sie zerfallen, anstatt sie zu rekonstruieren, zu erweitern und ihnen mit enormen Kosten neue Garnisonen und Geschütze zuzuführen, die möglicherweise zu gefährlichen Zwischenfällen Veranlassung gegeben hätten. Der Handel blühte, ein Kriegsschiff hat man in jenen Gegenden nie zu Gesicht bekommen und kolossale Ausgaben sind in dem verfloßenen Jahrhundert vermieden worden.

Von anderen Dingen, mit denen sich die Konferenz zu beschäftigen haben wird, erwähne ich hier noch die Unzulässigkeit der Beschlagnahme privaten Eigentums auf See, die Kodifizierung der Rechte der Neutralen, eine Revision der Rechte der Kriegführenden auf hoher See, besonders die Schwimmen-

den Minen und unterseeischen Torpedos betreffend, und die Verwendung der „Dum-Dum-Geschosse“, eine Frage, die zweifellos wieder auftauchen wird.

Das Thema von der Beschränkung der Rüstungen wird sicher ebenfalls zur Diskussion kommen, aber ich verspreche mir davon auf der nächsten Konferenz noch keine praktischen Resultate. Womit nicht gesagt sein soll, daß eine teilweise Abrüstung als Ergebnis beladener Vereinbarungen zwischen einzelnen Mächten (Schweden und Norwegen) überhaupt nicht möglich wäre.“

Die Wahlrechtsverhandlungen in Preußen.

Vizepräsident Dr. Vorch: Das Wort hat der Abgeordnete Oester. Ceter, Abgeordneter (Reich). H. P. Hopp: Meine Herren, bei dem Verlauf der heutigen Debatte habe ich immer den Eindruck gehabt, daß man außerhalb dieses hohen Hauses dem, was hier verhandelt wird, mit weitaus mehr Interesse entgegensteht, als es hier im Hause augenommen worden ist. (Sehr richtig! bei den Kreisinnigen.) Es sind außerordentlich große Kreise drängen, denen die Frage einer Neuordnung des preussischen Wahlrechtes eine der bedeutendsten Fragen der ganzen Gegenwart ist, deren ganzes politisches Dichten, Trachten und Streben in dieser Frage kulminiert.

Meine Herren, wir haben ja heute erfreulicherweise gehört, daß eine ganze Reihe von Parteien bereit wäre, dieses Wahlrecht, das angeblich der „Grundpfeiler der Monarchie“ sein soll, auch ihrerseits anzulassen. Ich meine aber, meine Herren, wenn man die Absicht hat, ein so fest eingewurzeltetes Unrecht, wie es dieses Wahlrecht ist, aus dem Boden heraus zu heben, dann muß es doch energischer und umfangreicher versucht werden, als es heute hier geschieht ist. (Sehr richtig! bei den Kreisinnigen.) Ich bin insbesondere erstaunt und überrascht über die Haltung, die eine große Partei dieses Hauses, die Zentrumsfraktion, eingenommen hat, die sich mit einer kurzen theoretischen Erklärung begnügt hat. Ja, meine Herren, in der Weise werden wir vermutlich nicht vorwärts kommen (sehr richtig! bei den Kreisinnigen), in der Weise wird unterstrichen, was Herr Krbr. v. Zeblyj gesagt hat, als ob es sich hier um eine theoretische Erklärung handle. Ich und meine Freunde halten es hier allerdings nicht mit der Theorie. Wir sind der Meinung, daß wir die Ersetzung dieses Wahlrechtes mit vollem Willen und mit allen uns zustehenden Kräften zu erstreben haben und zu erreichen suchen werden. (Sehr richtig! bei den Kreisinnigen.)

Nun, meine Herren, bin ich neugierig gewesen, wie die königliche Staatsregierung sich zu den prinzipiellen Fragen dieser Vorlage stellen werde; ich war neugierig darauf, wie der Herr Minister das Festhalten an dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht begründen würde; ich war auch neugierig darauf, wie er diese wirklich sehr bescheidene Vorlage begründen würde. Meine Herren, ich habe eine gewisse Freude daran gehabt, wie der Herr Minister das als geistreicher Mann behandelt hat. Er sagt: auf die erste Vorlage gehe ich überhaupt nicht ein; denn wenn ich versuchen würde, sie zu begründen, würde ich das hohe Haus nur verwirren! Der zweiten Vorlage hat er einige Aufmerksamkeit mehr gewidmet, aber auch nicht sehr eingehend darüber gesprochen. Dann aber, meine Herren, sucht er sich einen besseeren Standpunkt, er macht eine Wendung und hat uns nun eine recht interessante und sehr eindrucksvoll vorgetragene philosophische Abhandlung gegeben. Meine Herren, so benimmt man sich in einer etwas schwierigen Situation, wenn man nicht zugeben will, daß die Stellung, die man einnimmt, etwas schwach ist. Man versucht eben, einen neuen Boden zu gewinnen, von dem aus man besser agieren kann. (Sehr richtig! bei den Kreisinnigen.)

Nun, meine Herren, hat der Herr Minister in seinen Ausführungen mit schönen Bildern auf den großen Strom der allgemeinen Entwicklung hingewiesen, der in der heutigen Kulturwelt vorhanden ist, auf den Strom, in den ja auch die Arbeiterschaft eingeschlossen ist. Ja, meine Herren, gibt denn das Dreiklassenwahlrecht diesem Strom das Weite, in dem er sich entwickelt, in dem er vorwärts und aufwärts streben kann? Das bestritten wir vollständig. Meine Herren, dann hat er weiter ausgeführt die große Unzufriedenheit, die Unruhe, die Unrast, die trotz des allgemeinen Wahlrechts im Reich und trotz des Dreiklassenwahlrechts in Preußen vorhanden wäre. Er hat also gemeint, in bezug auf diese Unruhe, in bezug auf diese Unrast wären beide Wahlrechte vollkommen gleichgestellt. Meine Herren, das erinnert mich zunächst an Ausführungen, die der engere Kollege des Herrn Ministers, Herr Graf Posadowski, im Reichstage gemacht hat, wo er von dem zunehmenden Materialismus der besitzenden Klassen gesprochen hat. Ich gebe ohne weiteres zu, daß in dieser Auffassung etwas Wahres und Richtiges vorhanden ist. Das sind Entwicklungen, die auch wir mit einigen Sorgen verfolgen. Auch wir fragen: woher kommt diese Entwicklung, und wie kann man ihr entgegenstreiten? Ich meine, die Minister haben alle Veranlassung, sich diese Frage vorzulegen. Wir produzieren alle Jahre eine Menge von Gesetzen, und trotz dieser Massenproduktion können wir das Volk nicht zufriedenzustellen. Liegt hier nicht der Gedanke nahe, daß diese Massenproduktion und die Art, wie sie betrieben wird, diese Unruhe hervorruft, und daß etwas weniger hier mehr wäre?

Ein anderer Gedanke ist von dem Herrn Minister ausgesprochen worden: wie kommt es, daß im Reichstage diese Unruhe nicht beseitigt wird? Erwinnern Sie sich an die Zeit des ersten Aufschwunges, des nationalen Aufschwunges! Wie war der Reichstag damals zusammengesetzt, welche hervorragenden geistigen Kapazitäten waren in dem anderen Parlament vorhanden! Warum sind sie jetzt nicht mehr vorhanden? Ich glaube, es ist vollständig falsch, im Reichstagswahlrecht die Schuld zu suchen. Nach meiner Ansicht liegt der Grund darin, daß man, als das Reich gegründet wurde, annehmen konnte, wir würden als mündige Nation wie andere Nationen dahin kommen, daß wir die Besten des Volkes in die Volksvertretung schicken, und daß aus den Besten der Volksvertretung Regierung und Verwaltung zusammengesetzt würde. Daß die Volksvertretung nun nicht einen Einfluß auf die Regierung gewann, daß die Bildung der Ministerien neben und außerhalb der Volksvertretung stattfand, das ist die Hauptursache des Minderwertigens gewesen, das auch auf die Zusammensetzung des Reichstages eingewirkt hat. (Sehr richtig! bei den Kreisinnigen.) Wenn Sie eine Entwicklung nach oben, ein Aufstreben wollen, dann lassen Sie freie Bahn für

eine derartige Entwicklung, und wir werden nicht mehr über die Zusammensetzung des Reichstages zu fragen haben. Wir werden dann dahin kommen, daß die Besten des Volkes es als ihre Ehrenpflicht erachten, Vertreter des Volkes im Parlament zu sein!

Bergegenwärtigen Sie sich einmal: welche kolossale Umwälzung hat das Land Preußen erfahren seit dem Jahre 1849, seit diese Wahlverordnung erlassen worden ist, wie kolossal ist die ganze wirtschaftliche und soziale Struktur des Landes verändert worden! Und Sie wollen mit demselben Wahlrecht wirtschaften, das damals unter ganz anderen Voraussetzungen gegeben ist als heute! Ich erinnere Sie an eines. Im Jahre 1849 hat man einen Arbeiterstand als solchen überhaupt noch nicht gekannt. Damals gab es Gesellen, die im Hause des Meisters Lohn und Brot hatten, aber einen Vohnarbeiterstand in der Ausdehnung wie heute hatten wir nicht. Ich erinnere Sie daran, daß wir eine Industrie wie heute damals nicht gehabt haben, und daß man die jetzige Bedeutung der Städte noch gar nicht kannte. Und nun soll die Wahlrechtsverteilung, die etwas später geschaffen worden ist, und das Wahlgesetz, das unter solchen Verhältnissen eingeführt ist, unantastbar sein, nicht weil es gut und gerecht ist — die Aehler werden auch von der anderen Seite zugegeben —, sondern weil es dafür sorgt, daß gewissen Parteien die Majorität erhalten bleibt, die sie haben. (Sehr richtig! bei den Kreisinnigen.)

Der Herr Abgeordnete Trmer fragte: was ist Gerechtigkeit? Ist es etwa gerecht, ein Wahlrecht aufzubauen auf der Steuerleistung, nur auf dem brutalen materiellen Gesichtspunkt, daß derjenige, der etwas mehr Steuern zahlt, als der andere, auch mehr Recht haben soll als der andere? Wie hängt die Steuerleistung mit dem inneren, ethischen Wert zusammen? In einem anderen Zusammenhange würden Sie es sehr bestritten, daß jemand, der etwas mehr Vermögen besitzt, als der andere, auch höher gewertet wird? In dem Wahlrecht wird das bis zur Erstesitzigkeit geführt, hier gilt die Steuerleistung ganz allein. Wenn der Herr Abgeordnete Trmer fragt, was Gerechtigkeit ist, so soll er einmal hinausgehen und den Seiten sagen: hier in der ersten Klasse haben 2,55 pSt. so viel Recht wie 34 bis 85 pSt. in der dritten Klasse, und soll dann die Leute fragen, ob das gerecht ist. — Ich glaube, er braucht über die Antwort nicht im Zweifel zu sein. (Sehr gut! bei den Kreisinnigen.)

Wollte man die Wirkung eines Wahlrechtes erkennen, so muß man sich fragen: wie wirkt es auf die für die es gemacht ist, wie wirkt es auf die Wähler selbst, die mit diesem Wahlrecht arbeiten sollen, und die auf Grund dieses Wahlrechtes nun ihre Stimme abzugeben haben? Ich muß Ihnen anerkennen, es gibt für mich kein traugrigeres Kapitel in der ganzen preussischen Verwaltung als das Studium der Wahlbeteiligung auf Grund des Dreiklassenwahlrechts. (Sehr richtig! bei den Kreisinnigen.) Wollte man sich einmal vergegenwärtigen, daß im Deutschen Reich trotz der Unlust, die vorhanden sein soll, von 4 Bürgern wenigstens 3 das Pflichtbewußtsein haben: hier ist Reichstagswahl, hier habe ich zur Urne zu gehen, hier habe ich abzustimmen, und dann bedenken, wie es sich in Preußen verhält. Preußen ist das Land des kategorischen Imperatives, des ganz besonders ausgebildeten Pflichtbewußtseins, und ich meine, wenn es sich da um die Urnen, um das Wohl des Staates handelt, wenn man sein Votum abgeben soll über das, was geschehen ist, und über die Zukunft, wenn man einen Abgeordneten wählen soll, so muß dieses Pflichtbewußtsein in erhöhtem Maße zum Ausdruck kommen. Wie kommt es aber zum Ausbruch? Von 4 preussischen Bürgern geht ein einziger zur Wahlurne, die drei übrigen bleiben zu Hause. Man braucht zur Kritik dieses Wahlrechtes keine andere Ziffer zu nennen als diese, es ist durch diese Zahl gerichtet.

Wie verteilt sich das nun in einzelnen? 1903 hat die Wahlbeteiligung 23,62 pSt. betragen, also nicht einmal 1/4 der Wahlberechtigten. Da waren in der ersten Klasse, wo das besonders hohe Wahlrecht vorhanden, 49,24 pSt. zur Wahlurne gegangen. Also nicht einmal die erste Klasse, die so außerordentlich bevorrechtet ist, legt so viel Wert auf dieses Wahlrecht, daß sie zur Abstimmung geht. In der zweiten Klasse ist die Beteiligung 34,27 pSt., in der dritten Klasse 21,18 pSt., also nur 1/3 der Wähler der dritten Klasse geht zur Wahlurne. Da kann man doch nicht sagen, daß ein Wahlrecht vereinbar ist mit den vitalen Staatsinteressen, das eine derartig erschreckende Gleichgültigkeit der Wählerhaft an der Zukunft des Staates dokumentiert, wie es das preussische Dreiklassenwahlrecht tut. . . .

Wie es in dieser Beziehung mit der Steuerleistung steht, ist ja heute wiederholt dargelegt worden. Wenn man die Steuerleistung, die ja doch nun eigentlich die Grundlage des Wahlrechtes ist, zum Maßstab nimmt, so würde in den 5 östlichen Provinzen die Zahl der Abgeordneten um 44 sinken müssen, weil die Steuerleistung entsprechend gering ist. Es beträgt nämlich die Gesamtsteuerleistung der preussischen Monarchie 471,4 Millionen. Darunter sind 12,15 Millionen enthalten an Steuern, die nicht gezahlt werden; es ist dies ja eine der schönen Erfindungen, daß man Steuern einsetzt, die nicht entrichtet werden, bloß mit Rücksicht auf das Wahlrecht. Dagegen betragen die indirekten Steuern im Reich 889,5 Millionen, und es entfallen nach dem Maßstabe der Matrifularbeiträge auf Preußen 583,7 Millionen Mark, sodaß in Preußen 62,3 Millionen Mark mehr indirekte Steuern gezahlt werden als direkte Steuern. Und diese große Summe der indirekten Steuern, die von der breiten Klasse der Konsumenten aufgebracht werden muß, wird beim Wahlrecht nicht berücksichtigt! Aber die Grund- und Gebäudesteuer, die nicht bezahlt wird, wird beim Wahlrecht berücksichtigt!

Meine Herren, die geheime Wahl haben wir wiederholt hier im Hause durchzuführen versucht; es ist uns nicht einmal gelungen, die öffentliche Abstimmung zur Annahme zu bringen, obwohl sie ja von dem System der Wahl vollständig unabhängig wäre. Damals ist uns eingewendet worden — ich glaube, der Herr Abgeordnete Krbr. v. Zeblyj ist es gewesen, der dies behauptet hat —, so selge ich kein Preußen, daß es nicht wage, öffentlich und frei hinzutreten und seine Meinung zu bekennen. Meine Herren, das ist eine oratorische Wendung, die außerordentlich wirkungslos ist: in Wahrheit befagt sie außerordentlich wenig. Denn, meine Herren, der Bekennermut hat, fragt natürlich wenig danach, ob seine Abstimmung irgend jemandem angenehm ist oder nicht; aber wie viel Bürger sind es denn, die Bekennermut befehen? wie viel unabhängige Wähler haben wir, unabhängig vom Brotgeber, unabhängig auch vom Staat? Wie stark hat seit 1843 die Zahl der Staatsbediente und der Staatsangestellten zugenommen?!

Meine Herren, öffentliche Abstimmung, Einführung der direkten Wahl sind ja Fragen, die man lösen könnte, ohne daß man an der Grundlage dieses Wahlrechtes tastet. Für Sie (nach rechts) ist ja die Hauptsache, daß die Steuerleistung und die Klasseneinteilung verbleiben. Ich begreife es nun von Ihrem Standpunkt aus nicht, warum Sie nicht gesagt haben: wir wollen bei dieser Gelegenheit doch wenigstens eine Reform so weit durchführen, daß die schlimmsten Auswüchse dieses Wahlrechtes beseitigt werden, uns aber das bleibt, worauf wir wirklich Wert legen. Meine Herren, das wäre vielleicht noch ein staatsmännischer Gedanke gewesen; dann hätte man vielleicht mit einer derartigen Aenderung, die die geheime Stimmabgabe einführt und den indirekten Charakter der Wahl beseitigt, nach außen hin wirken können; es würden vielleicht große Kreise, die heute eine Reform des Wahlrechtes verlangen, beruhigt gewesen sein, und Sie hätten vielleicht dann Jahrzehnte noch dieses Wahlrecht konvertieren können. Ich danke Ihnen, daß Sie überhaupt jede Reform dieses Wahlrechtes ablehnen; denn dadurch erreichen Sie, daß wir draußen die Fehler dieses Wahlrechtes schildern können, die ja nicht allein Fehler im einzelnen sind, sondern Fehler des Prinzips. (Sehr richtig! links.) Der Herr Minister hat vorherin gesagt: einzelne Kuriositäten kommen allerdings vor. Nein, Herr Minister, das ist eine ganze Wahlweise, wie es heute besteht, ist eine einzige Kuriosität. (Sehr gut! bei den Freimütigen.)

Also, meine Herren, unsere Arbeit wird uns dadurch erleichtert werden, und Sie wissen ja, daß die Akustik dieses Saales nicht die Akustik der Deffinitivität ist. Wenn Sie sich heute mit aller Energie dagegen wehren, daß eine wirkliche Reform des Wahlrechtes durchgeführt wird, so wird draußen der Widerstand um so energischer werden; man wird nun um so mehr darauf drängen, daß endlich einmal ein gerechteres Wahlrecht in Preußen eingeführt wird.

Dieses Wahlrecht kann zweifellos nur das Reichstagswahlrecht sein. Meine Herren, es ist schon gesagt worden, daß eine ganze Reihe von Einzelstaaten das direkte, gleiche, geheime Wahlrecht eingeführt haben. Herr Dr. Tramer meinte: wir sind nicht genötigt, irgend ein Beispiel von außen nachzuahmen. Er hat das Argument missverstanden. Es handelt sich hier nicht darum, ein Beispiel nachzuahmen, meine Herren, sondern es handelt sich darum, daß durch diese Entwicklung in einer ganzen Reihe von Einzelstaaten gezeigt wird, wie die Wahlbewegung in Fluss gekommen ist, wie die Bürger mehr und mehr verlangen, daß sie für mündig erklärt werden, daß man ihnen ein gerechtes Wahlrecht gibt.

Meine Herren, solche Bewegungen machen nicht vor einer Landesgrenze Halt, sie gehen darüber hinaus. Denken Sie doch einmal an Defterreding-Langarn: der Kaiser Franz Joseph, ein Mann, der nach einer langen Regierungszeit sich einschleift, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht einführen aus Erwägungen der Staatsvernunft, weil er der Ueberzeugung ist, daß dieses Wahlrecht die einzige Möglichkeit bietet, um ein schwerbedrängtes, aus verschledenen Bevölkerungen zusammengesetztes Land zusammenzuhalten und es wieder zu einer größeren Größe zu bringen. — ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß er solche Vorschläge gemacht hätte oder zulassen würde, wenn er nicht überzeugt wäre, daß dieses Wahlrecht ein gerechtes und vernünftiges ist, daß die Bevölkerung gut darüber urteilen wird?

Meine Herren, den prinzipiellen Standpunkt, den wir einnehmen, hat mein Kollege Hübner schon dargelegt. Wir werden jedes Rückwärt abweisen, wir werden unsnerseits mit allen Kräften dafür eintreten, daß das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht auch in Preußen zum Siege gelangt. Wir sind überzeugt davon, daß wir das in diesem Jahre und vielleicht auch in der nächsten Wahlperiode noch nicht erreichen werden: wir wissen aber, meine Herren, daß das Wort "nietmals" in der Politik nicht existiert, und daß der Ruf "nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht!" so stark anschwellen wird, daß er auch in diesem Hause einmal gehört und erhört werden muß. (Bravo! links.)

Wochenhan.

Berlin, 15. Mai 1906

Des Stimmfahrtsrages wegen muß „Der Gewerkeverein“ einen Tag früher fertiggestellt werden. Alle Versammlungsanzeigen müssen daher statt Dienstag schon am Montag früh mit erster Post hier sein, wenn sie noch in die Nummer aufgenommen werden sollen. Wir bitten die Herren Sekretäre dies beachten zu wollen.

Wenn Arbeiterberufsvereine parteipolitisch abhängig sind! In dem Berliner Elektrizitätswerk in der Brunnentstraße, das der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gehört, hatten sich in der geheimen Abstimmung, die von den sozialdemokratischen Werkstattdarstellern vorgenommen wurden, dreißigstel der Arbeiterschaft für die Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesprochen. Darauf wurde außerdem noch in öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen mit Mehrheit beschlossen, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen, weil natürlich niemand den Mut fand, der „öffentlichen“ Meinung entgegenzutreten. Im stillen dachte aber wohl mancher: Wägen sie beschließen, was sie wollen! Wegen der lappigen Maßfeier setze ich meine Kritik nicht auf Spiel.

Als der 1. Mai herangekommen war, zeigte es sich, daß die Zahl derer, die so nichtern gedacht hatten, die Mehrheit war. Von reichlich 8000 Arbeitern arbeiteten 4500 Mann.

Diese „Disziplin“ und Treulosigkeit soll nun der Anlaß zu der Regelung der Prinzipienfrage werden, 1. ob die Maßfeier eine politische oder gewerkschaftliche Feier ist; beziehungsweise, ob die sozialdemokratische Partei oder die Gewerkschaften die Opfer der Maßfeier zu unterstützen haben, 2. ob die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften ihre Mitglieder, die entgegen dem Mehrheitsbeschlusse ihrer Werkstattdarsteller am 1. Mai arbeiten, ausschließen sollten?

Der 1. Bevollmächtigte der Berliner Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hat diesen Antrag gestellt. Er will anscheinend nicht weniger als 4500 Arbeiter auf diese Weise aus den Gewerkschaften und der Partei an die frische Luft befördert sehen. Wir sagen „anscheinend“, denn es ist nicht unmöglich, daß Herr Cohen auf diese verärgerte indirekte Weise die Maßfeier, diese Gründung der internationalen Parteiliteraten, zu frangulieren versucht. Herr Cohen erklärt, daß die Partei die 1500 ausgesperrten des Elektrizitätswerkes in der Brunnentstraße zu entschädigen habe, weil die Maßfeier eine politische Veranstaltung sei und der Metallarbeiterverband statutarisch Maßfeierentschädigungen nicht zahle. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat in diesem Falle mit süßsaurem Gesichte seine Verantwortlichkeit erklärt, die Entschädigungen, die bei häufigem dem-rst etwa 25 000 Mk. betragen mögen, zu übernehmen. Es ist aber klar, daß, wenn diese Entschädigung als Präzedenzfall gelten soll, die sozialdemokratische Partei bald in ähnlicher Weise leergepumpt werden dürfte. Die Maßfeier ist auf dem besten Wege, wie man sieht, eine lästige Finanzfrage zu werden und damit verwandelt sie sich in eine bittere Medizin. Früher, als es sich darum handelte, den Ertrag der Maßfeierversammlungen einzutreiben, reklamierten sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften jede für sich allein eifrig die Maßfeier als ihre eigene Angelegenheit. Jetzt, wo es sich darum handelt, die Kriegskosten zu decken, vertritt sich einer hinter dem andern. Jede der beiden Organisationen verleugnet jede Verwandtschaft mit der Maßfeier. Niemand will für die Alimentsationskosten aufkommen.

Uns kann dieser Entwicklungsgang nur Recht sein. Die Gewerkschaften sehen jetzt wieder einmal, was dabei heraustritt, wenn Arbeiterberufsvereine sich unter eine parteipolitische Vormundschaft stellen.

Blut und Eisen! Als ein Stimmungsbild aus konservativen Kreisen ist aufzulassen ein Aufsatz, den Herr Dietrich v. Dergin im „Tag“ über die Frage: Was lehrt die Maßfeier? veröffentlicht. In diesem Artikel heißt es zum Schluß:

Es ist nicht denkbar, daß eine so wilde, boshafte Agitation jahraus, jahrein getrieben, daß die Hege an gewissen Tagen, wie am 1. Mai, ins Ungemessene gesteigert, daß, wie es jetzt in Frankreich geschieht, eine Wahlbewegung die Leidenschaft bis zum Siedepunkt erregt, und dann alles wieder dauernd zu friedlicher Entwicklung zurückkehren sollte. Und wenn gar dieses Rozen und Prodeln einen internationalen Charakter annimmt und in Rom wie in Wien, in Paris und Berlin in daselbe Horn geblasen wird, so ist es ganz undenkbar, daß die rohen und ungebildeten Arbeitermassen nicht über kurz oder lang zu Ausschreitungen hinarbeiten werden sollten. Kein Volk der Welt kann als nationale Einheit von Bestand bleiben, wenn täglich in jeder größeren Stadt ein gefährliches Blut die Kleinen gegen die Großen aufregt und mit flammenden Krifeln den Bürgerkrieg pfeift.

Alles in allem: Der Kruftzug kommt; er kommt auch in Deutschland! Seine Vorboten haben wir in Breslau und Hamburg gesehen; und in Hamburg hat man zugleich eine völlige Ueberumpfung der Polizei erleben müssen. Wohl ist, wenn wir diese Vorgänge als Warnung auffassen, Gwis ist es auf, wenn wir die politische Reformarbeit verfallen und beschleunigen. Mindestens ebenso wichtig ist es aber, oder noch wichtiger, wenn wir die materiellen Hilfsmittel revidieren, die wir dem Aufruhr entgegenzusetzen haben, um ihn überall im Keim zu erstickn. Wichtig ist vor allem Initiative und Entschlossenheit und zwar im Sinne der Menschlichkeit. Eine „abgewandte Hand“ kann im Einzelfall eine Härte bedeuten, aber als rechtzeitige erste Warnung kann sie auch das ganze Leben retten. Wer die Sozialdemokratie und ihre Ziele kennt, der weiß, daß den führenden Männern gegenüber alles andere aber angebracht ist als Sentimentalität. Fordern sie selbst den Austrag der großen Rechtsfragen als Machtsfragen heraus, so bleibt nichts übrig, als ihnen das zu geben, was sie fordern, nämlich Blut und Eisen.

So ist die Stimmung. Es gäbe aber keine größere Unbefonnenheit, als so zu handeln, wie Herr v. Dergin der Regierung anräth.

Arbeiterbewegung. Der Kampf der Textilarbeiter in Grimmitzschau um den Zehnhunderttag droht auch neue aufzubrechen. Mehrere Arbeiterversammlungen nahmen in einer Resolution zu der Bewegung Stellung und stellten folgende Forderungen auf: Allgemeine Einführung der zehntündigen Arbeitszeit, 1 1/2 stündige Mittagspause, Lohnhöhung und Aufseinerung der Löhne für Ueberstunden. Hoffentlich nehmen sich die Grimmitzschauer Textilarbeiter ihre elässischen Kollegen zum Mufter und führen gleichfalls den Zehnhundertarbeitstag ein. — In einer Tuchfabrik in Neumünster verlangten vier Weber eine Lohnaufbesserung. Da diese nicht bewilligt wurde, legten alle Arbeiter die Arbeit nieder. Sollte dieselbe nicht bedingungslos wieder aufgenommen werden, erfolgt seitens der Fabrikanten, wie diese androhen, die Schließung aller drückenden Verrie. — Der Härberkretel bei des Weltfirma Spindler in Spinblersfelde bei Berlin ist zu ungunsten der Arbeiter beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte zu den alten Bedingungen. — Eine größere Lohnbewegung ist in der Spiegelschindelfabrik in Fürth ausgebrochen. Wie in der Branche beschäffigten Personen: Glasarbeiter, Metallarbeiter und Holzarbeiter, im ganzen 2300 bis 2400 Betriigte, stellten für die einzelnen Berufe folgende Forderungen auf: Für die Glasarbeiter: 1. Einführung der 5 1/2 stündigen Arbeitszeit ohne Lohnabzug für die Wochenarbeiter; 2. eine 10prozentige Lohnhöhung für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen; 3. einen

Minimallohn von 18 M. für sämtliche Arbeiter über 18 Jahren: 4. Abschaffung des Bruchzahlens; 5. Bezahlung des Winterlohnes durch die Arbeitgeber; 6. innerhalb eines Jahres darf an diesen Abmachungen beiderseits nichts geändert werden. Ferner für die Holzarbeiter: 1. Abschaffung des Affordsystems; 2. für Maschinenbauarbeiter einen Stundenlohn von 45 Pfg., für Schreiner und Polierer bis zu 18 Jahren einen Stundenlohn von 35 Pfg., von 18-20 Jahren 40 Pfg., über 20 Jahren 43 Pfg. für Arbeiterinnen einen Stundenlohn von 20-28 Pfg. Für die Metallarbeiter: 1. für ausgelernte Arbeiter einen Stundenlohn von 28 Pfg., jährlich steigend pro Stunde um 2 Pfg.; 2. für Arbeiter über 20 Jahren einen Stundenlohn von 40 Pfg., jährlich steigend pro Stunde um 2 Pfg.; 3. Abschaffung der Affordarbeit, soweit dies möglich ist. In Siegburg im Rheinlande sind die Steinbildhauer der Firma Hall wegen Differenzen in den Ausmaß getreten. Desgleichen sind wegen des Licherstreiks in Stolp die Holzbildhauer in die Bewegung hineingezogen. In Gottesberg in Schlesien verlangen die Maurer einen Stundenlohn von 38 Pfg., sowie den Abschluß eines Vertrages auf ein Jahr. Die Arbeitgeber wollen 36 Pfg. pro Stunde zahlen und auch nur in der Zeit vom 1. Juni bis 1. Oktober. Dieses Anerbieten wurde abgelehnt und der Streik beschlossen. Die Bauhilfsarbeiter in Schwernin forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 43 Pfg. Die Unternehmer lehnten jedes Zugeständnis ab und verlangten die schriftliche Erklärung, in diesem Jahre keine Forderungen zu stellen. Auf Grund dieses Beschlusses verließen die Handlanger ihre Arbeitsstätte, welches die Maurer notgedrungen ebenfalls tun mußten. In Waldheim verlangen die Maurer einen Stundenlohn von 36 Pfg. Auch hier wurde wegen der erfolgten Ablehnung der Forderungen der Streik beschlossen. — Der Bauarbeiterstreik in Stuttgart geht, nachdem er 5 Wochen gedauert hat, seinem Ende entgegen. In einer Vertreterversammlung der Arbeitgeber und der Arbeiter ist eine Einigung erzielt worden. In Peidenheim sind die Zimmerer in den Ausmaß getreten, nachdem die Verhandlungen vor dem Einigungsamt resultatlos verliefen. Sie verlangen pro Stunde einen Minimallohn von 45 Pfg., während die Arbeitgeber dies, und zwar vorerst für 1906, verweigern. — In Kosen haben die Unternehmer im Baugewerbe beschlossen, die allgemeine Aussperrung mit dem 14. d. M. aufzuheben. Die Maurer beschlossen hierauf, die Wiederaufnahme der Arbeit von der Zusicherung der Arbeitgeber abhängig zu machen, daß über die Erhöhung der Löhne in Verhandlungen eingetreten wird. Die Maurer und Zimmerer in Sangerhausen haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen die Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 42 Pfg. — Die Kampfplätze in der Metallindustrie sind nach wie vor Hannover, Dresden, Breslau und Braunschweig. Es bleibt zu hoffen, daß die in Angriff genommenen Verhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern einen dem Frieden günstigen Verlauf nehmen werden. — Im Berliner Schlossergewerbe ist der Friede eingetreten. Es wurde eine Einigung auf folgender Basis erzielt: neunstündige Arbeitszeit, völlige Abschaffung der 14tägigen Kündigung; ein Mindestlohn von 47 1/2 Pfennigen pro Stunde vom 1. Juli d. J. ab bis zum Ablauf des Tariis; bis zum 30. Juni d. J. ein solcher von 45 Pfennigen. Ueberstunden bis neun Uhr abends mit 25 pCt., über neun Uhr abends hinaus und Sonntagsarbeit mit 50 pCt. Vergütung. Auf schon bestehende höhere Löhne fünf bis zehn Pfennige pro Stunde Erhöhung. Bauzulage ist tariflich nicht zu beanspruchen. — Die Gerber in Neustadt a. D. sind, da die von ihnen geforderte 10stündige Arbeitszeit und 10prozentige Lohnerhöhung von den Meistern abgelehnt wurde, in den Streik getreten. — Die Federarbeiter und Arbeiterinnen von Hamburg, Altona und Wandersbeck bereiten eine Lohnbewegung vor. Den Arbeitgebern sollen folgende Forderungen unterbreitet werden: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden. 2. Der Minimallohn beträgt für gelernte Arbeiter 27 M., für Hilfsarbeiter 24 M. per Woche. 3. Für Affordarbeit, sowie für Sonntags- und Nachtarbeit wird ein Lohnzuschlag von 10 resp. 25 pCt. verlangt. — Ferner wird die Freigabe des 1. Mai und die Anerkennung der Arbeiterauschüsse gefordert. — In Leipzig sind in 11 großen Buchbindereien 2600 Buchbinder ausgesperrt. In Berlin beträgt die Zahl der streikenden Personen 1300 aus 17 Betrieben. — Der Ausmaß der Frau- und Mädchenarbeiter im Mitteldeutschen Revier hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Die Bezirke Nauendorf, Osendorf, Radewell u. a., die sich bisher dem Streik ferngehalten haben, beschlossen, gleichfalls in eine Lohnbewegung einzutreten.

Die Gesellschaft für soziale Reform hielt in diesen Tagen unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch ein Ausschlußkolloquium in Berlin ab. Einleitend wies der Generalsekretär Professor Franke auf die von genannter Gesellschaft arrangierte englische Studienreise von Arbeitern und Gelehrten hin, die einen erfreulichen Verlauf zu nehmen scheint. Das Ergebnis der Studienfahrt soll als Grundlage für die Verhandlungen der dritten Generalversammlung der Gesellschaft dienen. Auf ihrer Tagesordnung steht als einziger Gegenstand: Die Verhütung von Arbeitskämpfen im Kohlenbergbau; als Ort wurde Berlin bestimmt, als Zeit der Spätherbst. Die Frage der Arbeitskammern, die die 2. Generalversammlung in Mainz im Herbst 1904 beizugibt hatte, wird einem weiteren Studium

unterzogen. Als neue Aufgabe erachtete der Ausschuß die Unterstützung der Bemühungen zur Regelung der Heimarbeit, und zwar wurde hier ein besonderes, in den Regierungsplänen und Reichstagsanträgen mehr zurücktretendes Gebiet gewählt: Die Fragen der Organisation und der Lohnregelung; es wurde eine Kommission bestellt, die im Verein mit wissenschaftlichen Sachverständigen und Interessenten zunächst ein möglichst umfassendes Material sammeln soll. Die Gesellschaft wird wiederum zehn Delegierte zur vierten Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz entsenden; die Tagung findet Ende September d. J. in Genf statt und soll behandeln: Gewerbliche Güter, Nachtarbeit der Jugendlichen, Maximalarbeitszeit, Heimarbeit, ausländische Arbeiter in der Sozialversicherung.

An Stelle des verstorbenen Anwalts der Deutschen Gewerbevereine Dr. Max Hirsch, der die Generalversammlungen der internationalen Vereinigung als Beauftragter der deutschen Sektion stets besuchte, wurde unser Verbandsredakteur Karl Goldschmidt gewählt. Es wird auch beabsichtigt, die Anzahl der Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses zu vermindern, damit die in letzter Zeit der Gesellschaft für soziale Reform neu hinzugegetretenen Korporationen ebenfalls Sitz und Stimme erhalten. Von den großen Kategorien der Arbeiter, kaufmännischen Gehilfen und technischen Privatangehörigen sind jetzt durch ihre Vorstände in der Gesellschaft: Christliche Gewerkschaften, Gewerbevereine, Arbeitervereine mit rund 550 000 Mitgliedern, Handlungsgehilfenvereine mit rund 280 000 Mitgliedern, Vereine technischer Privatangehörigen mit rund 80 000 Mitgliedern, insgesamt 900 000 gewerbliche Arbeiter, kaufmännische Gehilfen und technische industrielle Beamte.

Fachschulen und Fortbildungsschulen. Das Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung enthält Angaben über die Ausbreitung von Fachschulen, sowie gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen, soweit dieselben dem Handelsministerium unterstellt sind. Danach bestanden im Winterhalbjahr 1905/06 in Preußen 19 Maschinenbauhochschulen und ähnliche Fachschulen für die Metallindustrie. Dieselben wiesen 172 Klassen auf und wurden von 3132 Schülern besucht. Die 23 Baugewerkschulen wiesen eine Besuchsziffer von 5285 Schülern auf. Die fünf staatlichen Handwerker-Kunstgewerbe- und ähnlichen Fachschulen in Bunslau, Hanau, Söhr, Kassel und Königsberg hatten zusammen 868 Schüler. Die übrigen 21 staatlich unterstützten Schulen konnten eine Besuchsziffer von 14 424 Schülern aufweisen. Im ganzen wurden also an den Handwerker-Kunstgewerbe- und sonstigen Fachschulen 15 290 Schüler unterrichtet, wovon nur 3077 Besucher den Tagesunterricht, 12 213 den Abend- und Sonntagsunterricht genossen. Die Fertilschulen, deren dreizehn vorhanden sind, zählten zusammen 1734 Schüler, wovon 1446 auf die sieben höheren Schulen dieser Art kamen. Die Weberlehrlingwerkstätten sind von 240 Schülern und Schülerinnen besucht worden. Gewerbliche Fortbildungsschulen mit oder ohne Schulpflicht waren in Preußen am 1. Dezember 1905 im ganzen 1395 vorhanden, die von 226 574 Schülern besucht wurden, darunter 1395 männliche Fortbildungsschulen 316 mit 34 389 Schülern und 2545 Schülerinnen und Fachschulen, die von Jünglingen und Vereinen unterhalten werden, 423 mit 28 124 Schülern.

Heute bei Schluß der Redaktion ging uns die betrübende Nachricht zu, daß Generalsekretär

Hermann Böttcher

vom Gewerbeverein der Stahl- und Textilarbeiter in Spremberg am gestrigen Montag verstorben ist. Böttcher hat nur ein Alter von nicht ganz 67 Jahren erreicht.

Generalsekretär seines Gewerbevereins war er seit dem Jahre 1892, nachdem er schon viele Jahre vorher in seinem Beruf als Weber arbeitend für die Gewerbevereine genützt und gekämpft hatte. Der Gewerbeverein verlor in dem Verstorbenen einen treuen und zuverlässigen Beamten und der Verband einen überzeugten Anhänger der großen Gewerbevereinsidee.

Wir werden ihn zu allen Zeiten in gutem Andenken behalten.

In Berlin starb am gestrigen Montag Stadtschulrat

Dr. Gerstenberg.

seinem Amte leider viel zu früh entzogen. Der große Plan, die Fortbildungsschule obligatorisch zu machen, ist von ihm zur Durchführung gebracht worden. Auch sonst vertrat er moderne Anschauungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens. Die Berliner Kollegen erinnern sich gewiß noch der in unserm Verbandshaus im Mai vorigen Jahres abgehaltenen Schülerfeier, bei welcher Stadtschulrat Gerstenberg die alle Herzen froh begeisternde Festrede hielt.

Der wackere Kämpfer für den geistigen Fortschritt der Menschheit ist leider nur etwas über 60 Jahre alt geworden.

Das neue Russland. Nach den schrecklichen revolutionären Kämpfen hat unser östlicher Reichsnachbar, der russische Koloss, endlich die Sprache gefunden. Das russische Parlament ist eröffnet worden. Ein neues Leben beginnt für das russische Volk. Nach den Reden, die in der Duma bis jetzt gehalten worden sind, kann man nicht sagen, daß das russische Volk für eine verfassungsmäßige öffentliche Betätigung unrettbar ist. Man sieht in dieser Tatsache nur aufs neue bestätigt, daß der Zarismus durchaus im Unrechte war, als er sich mit Händen und Füßen gegen die Einführung eines liberalen Regiments in Russland wehrte. Die ersten Worte, die in der Duma gesprochen wurden, waren des großen geschichtlichen Moments würdig. Die Abgeordneten lehnten es ab, ein ihnen von der Stadt Petersburg angebotenes Fest früher anzunehmen, als bis nicht eine allgemeine Begnadigung der Freiheitskämpfer erfolgt wäre. Zum Sprachrohr der Duma und des russischen Volkes machte sich der Universitätsprofessor Schepkin. Er vertrat die Ansicht, daß man die politischen Befragten nicht mehr als Verbrecher betrachten könne, nachdem das Regime, das sie nach der gegen sie erhobenen Anklage durch Empörung zu stürzen versucht haben, nicht mehr besteht. Nur einem Zufall, sagte der Redner wörtlich, ist es zuzuschreiben, daß wir heute in der Duma sitzen und nicht das Schicksal unserer Brüder in den Gefängnissen teilen. Deshalb fühlen wir uns mit ihnen solidarisch.

Man muß nunmehr abwarten, ob der Zar die Klugheit besitzen wird, freiwillig das zu gewähren, was ihm die große liberale Bewegung andernfalls abtrotzen wird. Zu späten ist mit dem russischen Parlamente nicht. Seine Sprache verrät warnende Anklänge an die konstituierende Deputiertenkammer, die der großen französischen Revolution infolge der unzeitgemäßen Halsstarrigkeit der Regierung die Wege ebnete.

Gewerkevereins-Zeil.

Danzig. Zur Unterstützung der noch nicht bezugsberechtigten Kollegen während unseres Lohnkampfes sind folgende Beträge eingegangen:

Fabrik- und Handarbeiter: Duesburg 6 Mk.; Ederarbeiter: Weisenfels 12,30 Mk.; Maschinenbauer: Artern 10,80 Mk., Barmen 5 Mk., Bergedorf 2,10 Mk., Berlin III 10 Mk., Berlin V 10 Mk., Berlin IX 20 Mk., Bertelsdorf b. Girschberg 3,50 Mk., Bremerhaven 10 Mk., Götting 5 Mk., Danzig I 71,58 Mk., Danzig II 17,46 Mk., Düren 3 Mk., Hittorf 5 Mk., Jähr b. Begehd 8 Mk., Kiebrichsdorf b. Berlin 5 Mk., Dierfelden in Vuremburg 10 Mk., Oepplingen 5 Mk., Rön-Deu 3 Mk., Sandberg a. d. B. 10 Mk., Weidenrich bei Duisburg 10 Mk., Woblan in Schlesl. 4 Mk., Wünden 5 Mk., Reudorf 5 Mk., Reulab 5 Mk., Othmarbau 1,50 Mk., Ober-Schönweide 20 Mk., Potsdam 3 Mk., Plauen i. B. 6 Mk., Reepfalslager: Danzig 5 Mk.; Schenker: Forst R. 2. 12,30 Mk., Graudenz 5 Mk., Halle a. S. 13,50 Mk., Girschberg 13,85 Mk., Potsdam 6,05 Mk., Stettin 10 Mk., Thorn 5 Mk.; Tischler: Danzig 18,95 Mk., Stettin 1 3,80 Mk., Bismarck 3 Mk.; Zäpfer: Danzig 10 Mk.; Ortsvereine: Kolpa 5 Mk., Graudenz 5 Mk., Reulab a. d. Harz 5 Mk.; Ungenannt: Danzig 95 Mk. In Summa 503,18 Mk. — Allen Göttern sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Der Ortsverein der Schneider zu Danzig.

S. A. Keltzke, Vorsitzender.
S. Hannover i. Schl. Am 27. April wurde mir von dem Sächsischen Ausbreitungsverbande eine Nummer seines „Gewerkevereinsblattes“ zugesandt. In demselben fand ich unter Verbleibens blau angezeichnet: „Nieder-sächsischer Bezirkstag in Viegau.“ In diesem Artikel fand ich verschiedene Punkte, welche mich veranlassen, dieses in der Ortsvereinsversammlung vorzutragen. Es wurde in derselben daraufhin folgende Resolution gefaßt: „Der D. B. der Schuhmacher und Lederarbeiter Hannover protestiert entschieden gegen die Ausführungen, welche in dem Artikel des Sächsischen Gewerkevereinsblattes enthalten sind. Wir halten entschieden einen Ausbreitungsverband für Polen und Schlesiens (ohne Regierungsbezirk Oppeln) gegenwärtig für überflüssig.“ Soll einer gegründet werden, um der 1000 Mk. willen, um selbige dem Zentralrat abzunehmen und nichts dafür zu leisten. Das wäre Unrecht. Wo gehen am besten die Gewerkevereine? Etwa da, wo Ausbreitungsverbände bestehen oder in den Teilen Schlesiens bzw. Deutschlands, wo Ausbreitungsverbände nicht bestehen? Diese Frage zu beantworten ist sehr leicht, sie lautet ja in Schlesiens, wo es keine Ausbreitungsverbände gibt. Soll vielleicht einer gegründet werden, um den Zentralrat herunterzuputeln zu können? Ich glaube, man muß nicht andere mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaufe sitzt. Oder gebent vielleicht der betreffende Herr Referent, welcher nicht einmal den Artikel mit seinem Namen unterzeichnet, er macht alles recht? Welt gefehlt! Ein altes Sprichwort heißt: „Allen Sänsen kann man keine Schube passend machen.“ Das kann auch unser Kollege Neufeldt nicht, der in dem Referat sehr angegriffen wird. Weiter wird auch in der Zeitungsfrage polemisiert. Auf dem Bezirkstage in Viegau ist diese Frage wie ein roter Faden durch sämtliche Verhandlungspunkte gegangen. Wir hier wollen entschieden keine Provinzpresse, für diese Opfer kann das Verbandsorgan der „Gewerkevereine“ besser aufgebracht werden. Was nützen die vielen Zeitungen, wenn keine gelesen wird. In dem Artikel heißt es wörtlich: „Der nächste Verbandstag werde sich mit einem Projekt zu befassen haben, das geeignet erscheint, die Presseverhältnisse zu regeln.“ Danach soll der Zentralrat schon wieder über eine neue Zeitung brüten, nachdem das „Korrespondenzblatt“ noch nicht die Erscheinen vollständig abgelegt hat. Das könnte schon werden. Und das Organ „Sächsisches Gewerkevereinsblatt“? Glaubst vielleicht der betreffende Herr Referent etwas Vollkommenes damit geschaffen zu haben? Im Leben nicht! So, wie jede Maßgabe, jede Einrichtung, jeder Bau, jede Einrichtung einer Verbesserung bedarf, so bedarf auch unser Verbandsorgan der „Gewerkevereine“ einer Erweiterung und Verbesserung und wird selbige auch erfahren. Was nützen die vielen Zeitungen, welche größtenteils aus der Verbandskasse oder

Kassalosse bezahlt werden und nicht gelesen werden? (Eine gute Verbandszeitung ist besser als sieben schlechte Blätter für Eigenbedarf. Entschieden hält unser Ortsverein die Ausführungen des Kollegen Neufeldt betreffend der Ausbreitungsverbände für richtig. Was ist bis jetzt durch selbige erzielt worden betreffend der Agitation? Die Werkstattagitation, sowie von Mund zu Mund, ist besser als große Versammlungen. Was haben uns die früheren Bezirkstage genützt, und was ist auf dem letzten erzielt worden? Es hat den Ortsvereinen nur sekundäre Opfer gekostet. So ist es auch mit den Ausbreitungsverbänden der Fall, nur mit dem Unterschiede, daß diese Unkosten zu einem nicht unerheblichen Teil aus dem großen Geldbeutel bestritten werden, wozu auch wir unsere Gelder zahlen und dadurch doppelt belastet sind. Hinde es für richtig, wenn der Zentralrat die Hand auf denselben legt. Vielleicht gibt es Stellenräger, welche glauben alles besser machen zu können — mit dem Mund. Es ist nicht gut und geheißlich, sich in einer Organisation gegenseitig zu bekämpfen, aber der Zentralrat muß geschäftig werden vor Angriffen, das ist Pflicht befomener Kollegen!

Im Auftrage

E. Thell, Schriftführer.

§ Obergraua. Am Sonntag, 6. Mai, unternahm der Ortsverband Koffwein-Koffen-Siebenlehn, bequintigt vom schönsten Bette, einen Ausflug nach hier. Eine so zahlreiche Aeserverammlung ist unserem romantisch-schönen Ort nicht allzuoft beschieden. Kollege Billman hielt die Begrüßungsansprache. Ortsverbandsvorsitzender Sambsch sprach die Dankesworte, die er in ein begeisterungstropes Hoch auf die Deutschen Gewerkevereine ausstießen ließ.

§ Spandau. Der D. B. der Fabrik- und Handarbeiter hielt am Sonnabend, 5. Mai, seine Monatsversammlung ab. In dieser Versammlung referierte Kollege Muckrasch aus Berlin über die Bedeutung des Bezirksvereins der Provinz Brandenburg. Dieser Vortrag zeigte, daß noch viele größere Orte in der Umgegend Berlins vorhanden sind ohne D. B. der Fabrik- und Handarbeiter. Der Referent wies dies: Orte in einer Statistik, die er zusammengestellt hatte, nach. Deshalb müßte etwas geschehen, wodurch die Arbeiter dieser Orte zu einer Organisation herangezogen würden. Dies hat sich der Bezirksverein der Provinz Brandenburg, der sich von Berlin aus über die ganze Provinz erstrecken soll, zur Aufgabe gemacht. Zur Diskussion hatten sich mehrere Kollegen gemeldet, die auch vom Referenten genügende Aufklärung erhielten. Die Versammlung beschloß den Beitritt zum Bezirksverein.

Max Balger, Schriftführer.

Verbands-Zeil.

III. Luittung
über eingefandte Spenden zur Errichtung eines Denkmals für unsern verstorbenen Anwalt Dr. Max Hirsch.

Bergarbeiter: Dortmund 10,80, Dampfen 0,90, Harb 2,00, Hildner: Sorau 4,40, Hargren: u. Tabakarbeiter: Köhrbach 3,00, Potsdam 14,50, Stettin 1,10, Fabrik- und Handarbeiter: Annabütte 1,50, Ihale 5,00, Sandberg-Salzbrenn 4,25, Hamme 10,00, Neuhagen 3,00, Götting 11 0,90, Zülchow 1,00, Viegau 11 5,00, Kaufung 4,00, Spandau 6,40, Brandenburg 1,50, Graph. Berufe: Generalrat 5,00, Unterhans 5,00, Jagau 1,50, Kaufleute: Kamelau 4,25, Kattbor 6,35, Zafferbar 4,50, Zefenau 3,25, Puraubeamten-Berlin 11,65, Braunschweig 4,30, Berlin III 12,70, Rom-ditoren: Berlin I 3,50, Berlin II 4,00, Berlin III 4,70, Weis-Schönan 2,00, Viegau 1,90, Maschinenbau und Metallarbeiter: Brimman 10,25, Wolgast 4,40, Kiel-Gaarden 5,00, Zülchow 5,00, Deu 3,45, Anna-hütte 1,50, Helfenkirchen III 5,00, Friedersheim 5,00, Büffel 5,00, Halle I 5,00, Berlin VIII 2,30, Vangelöls 2,30, Nemtsch 5,00, Neulab a. D. 6,25, Barmen 5,00, Mathenow 3,20, Glogau 2,35, Veng 1,30, Vinden 6,00, Straßund 10,00, Stettin-Gradow 12,50, Eberhaußen II 4,00, Uerdingen 7,30, Wiefherdöfen 1,00, Weimar 4,00, Berlin XI 3,00, Cannstatt 3,00, Dortmund I 8,47, Kirchen 7,30, Düren 10,80, Neuthen 5,00, Reula 2,50, Jagau II 7,00, Söfel 6,50, Bittenberg 6,00, Schiffszimmerer: Ziegen-ort 3,00, Fredow 5,80, Raube-Danig 1,00, Gaarden 5,00, Schneider: Heibelberg 4,10, Danzig 7,50, Neulab a. S. 1,50, Duesburg 4,85, Schneider-Berlin III 6,75, Rostock 6,20, Schuhmacher und Lederarbeiter: Greifswald 3,00, Rosen I 5,00, Mannheim 5,00, Guben 2,00, Marienburg 3,00, Viegau 1,30, Glogau 5,85, Zuhlarbeiter: Greif 2,35, Cottbus 10,00, Großenheim 2,75, Tischler: Prieslau 4,30, Schleudig 5,00, Ullwasser 1,30, Greifswald 2,60, Löffler: Malmig 4,85, Ludwigsburg 1,10, Glogau 6,00, Deutsche Frauen: Viegau 2,75, Rittau 2,65, Ortsverbände: Lauenburg 5,00, Private: Aniol-Berlin 1,00, GutsMuth-Berlin 1,00, Neufeldt-Berlin 1,00, Grotten-Schönberg 0,50. Summa Mark 449,32, bereits quittiert Mark 1381,79. Insgesamt Mark 1831,11.

Um baldige Einfindung der gesammelten Spenden bittet
Mit genossenschaftlichem Gruß
Berlin, den 12. Mai 1906.

R. Klein, Verbandskassierer.

Brandenburg-Laufiger Ausbreitungsverband.

Botort Spremberg.

Protokoll der ordentlichen Sitzung vom 9. Mai, 9 Uhr abends, abgehalten im Lokal Jähndchen, Kirchplatz.

Anwesend sind Neugebauer, Matthiaschl, Keller und Beltrank; entschuldigt fehlt Krost, der erst später erscheinen kann.

Es berichtet Kollege Ritemann-Malmig über einen Vortrag, den er in unserm Auftrage im D. B. der Stuhlarbeiter-Sommerfeld am 22. April gehalten hat; danach hatte die Versammlung den besten Verlauf und hat der Vortrag bei Belehrung der dortigen Kollegen beigetragen. — Ein Schreiben von Hünnel-Belchau betrifft zu haltende Vorträge.

(Kollege Krost erscheint.)
Zweitens berichtet der Vorsitzende über die Verhandlungen auf dem Delegiertentage des Niederschl. Ausbreitungsverbandes in Hunsjau. Seine Anwesenheit hat zur gegenseitigen Verständigung viel beigetragen. Es soll der dortige Vorstand zu der Konferenz der Ausführgangmitglieder eingeladen werden.

B. Neugebauer,
Vorsitzender.

E. Keller,
Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Disfalterklub der Deutschen Gewervereine (S. D.). Sigmund jeden Mittwoch, ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, N. O., Greifswalderstraße 22/23. Gäste willkommen. **Längere der Deutschen Gewervereine (S. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 19. Mai, Graphische Berufe u. Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Neue Gränitzstr. 28. L. C. Protokoll. Anträge: Delegiertentag. Revisionsbericht. Güteklasse. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Arndtstr. 36a. Monatsbericht. Vortrag des Kollegen Jordan: „Die Arbeiterbewegung der letzten Zeit“. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Goffe, Reußstr. 22. Vortrag des Koll. Reußstr. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr, Steintorstraße 30. Monatsbericht. Bericht von der Kombinierten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr, bei E. Werner, Weststr. 52. Vortrag des Kollegen Angermann. Bericht von der Kombinierten. Protokoll usw. — **Graphische Berufe und Maler III N.** Dienstag, 22. Mai, ab. 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 11 im Verlagschoppen. L. C.: Protokoll. Besprechung über Anträge zum Delegiertentag. Wirtschaftliches. Berichtedenes.

Friedrichshagen. Maschinenbau- u. Metallarbeiter. Sonnabend, 19. Mai, ab. 8 1/2 Uhr, bei Fionnigshof, Samartierstr. 7. „Neuere Vorkommnisse in der Arbeiterbewegung“ und Verschiedenes. — **Halle a. S. Graph. Berufe und Maler.** Sonnabend, 19. Mai, ab. 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung im Pilsener-Restaurant. — **Treßden. Graphische Berufe und Maler.** Sonntag, 20. Mai, Monatsversammlung für die am 27. d. M. stattfindenden Abgeordneten-Wahlen. L. C. u. a. — **Zschönerberg und Umgegend. Graphische Berufe und Maler.** Sonntag, 21. Mai, ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Sorge, Hauptstr. 96. — **Gera. Graphische Berufe und Maler.** Sonnabend, 26. Mai, ab. 8 1/2 Uhr, im Burgkeller.

Crisis- und Weiblichkeitskurse.

Zettin (Disfalterklub der Deutschen Gewervereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Frau Dr. Stettin, Vulkanstr. 22. (Gäste stets willkommen). — **Norddeutscher Ausbreitungsbund (Zettin).** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Ergelle, Stettin, Schiffstr. 9. Disfalterabend. Gäste stets willkommen. — **Gerne (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachmittags von 4-5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Wllh. Schulte Wätler, Disfalterstunde. — **Greifswald (Ortsverband).** Jeden Donnerstag, ab. 8 1/2-10 Uhr, im Lokal des Herrn Onckow, Postmarkt 1, Disfalterabend. — **Hamburg-Altona (Ortsverband).** Sonnabend, 19. Mai, ab. 9 1/2 Uhr, bei Herrn Kranz, Heinestr. 12. Vortrag des Herrn Dr. med. Wunder über: „Nervosität und deren Behandlung“. Disfussion. — **Gerne (Ortsverband).** Sonntag, 20. Mai, nachm. 4 Uhr, Monatsversammlung, 3 1/2 Uhr Ausfühung beim Vereinswirt Fr. Harde, Kaiserstraße. L. C. das. — **Hortmund (Ortsverband).** Sonntag, 20. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr Ortsverbandversammlung in Rünen beim Wirt Heinrich

Sandmeyer. (Ebenfalls um 4 1/2 Uhr öffentlich: Gewervereinsversammlung. Referent Kollege G. v. Ufer. **Altenburg (Ortsverband).** Dienstag, 22. Mai, ab. 8 Uhr, im Gold. Säug. Vortrag des Kollegen Schumacher-Berlin: „Die Laßt der Gewervereine u. die gewerlichen Organisationen“. — **Disfalterklub Essen-Muhr.** Freitag, 25. Mai, abends 8-10 Uhr Sitzung b. Hüffelbed, Krohnhauserstr. 61. Vortrag: „Berufs- und Versammlungsrecht“. — **Nachen (Ortsverband).** Sonntag, 27. Mai, vorm. 11 Uhr, Verbandversammlung im Lokale Rembahn 2. L. C.: Gewergerichts-wahl. — **Halle (Ortsverband)** Sonntag, 27. Mai, in der Börse-halle kombinierte Sitzung, morgens 8 1/2 Uhr. Bitte pünktlich zu erscheinen. Am 20. Mai, vgrn. 9 Uhr Besichtigung der Blindenanstalt. Treffpunkt bei Kunst-Schule, Pfännerhöhe 74.

Hendungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. **Hirschberg (Ortsverband).** Max Scholz, Schriftführer, Pfisterstraße 13. **Hamburg (Brauer-Verein 1889).** Fr. Buch, Kassierer, Kleinstecken a. Elbe, Eibischloßbrauerei. **Schwarzwaldbau (Ortsverband).** Adolf Hauke, Schriftführer.

Literatur.

Talent zum Zeichnen ist nicht jedem gegeben und doch möchte wohl jeder Geübte es zu einiger Fertigkeit im Zeichnen bringen, sei es zu seinem Privatvergnügen oder für seinen Beruf, in dem es ihm von Vorteil sein kann. Die Zahl derer, die sich da nach einem geeigneten Hilfsmittel umsehen, das ihnen zur Erreichung ihres Ziels förderlich ist und die nicht in der Lage sind, einen Fachlehrer in Anspruch zu nehmen, ist daher eine sehr große. Allen diesen nach Fortbildung im Zeichnen Strebenden wird nun ein soeben in zweiter Auflage erscheinendes Werk, die „Zeichenschule“ von Prof. G. Conz die nützlichsten Dienste leisten. Die Conzsche Zeichenschule ist vornehmlich für den Selbstunterricht bestimmt und demgemäß gibt sie in äußerst klarer und anschaulicher Weise ihre Rinde und Ratschläge, die aus der vieljährigen Erfahrung des Verfassers, eines bewährten Künstlers und Lehrers, resultieren. Und da der Vale, der es durch Selbstunterricht im Zeichnen bis zu einiger Fertigkeit bringen will, selbst bei bestem Vorsatz, wenn ihm zuviel trockene Theorie geboten und ermüdendes Ornamentzeichnen zugemutet wird, gar zu leicht eher abgestreckt als angepornt wird, hat es der Verfasser mit scharfem Blick für das Praktische verstanden, den Lernenden in Wort und Bild geschickt mitten ins Leben zu führen. Er zeigt ihm, wie man die Gegenstände erfassen und wie man sie zeichnen soll, und alles das in einer meisterhaften Darstellung, die des Lernenden Lust an der Sache und so sein Verständnis und Interesse wesentlich fördert. Von großem praktischem Vorteil sind namentlich auch die zahlreichen Illustrationen und die Vorlagen zum Zeichnen, die im Verein mit dem systematischen Text einen vollständigen rationalen Lehrkursus darstellen. Deshalb wird Prof. Conz' vortreffliches Werk nicht nur von allen Lernenden, sondern auch von Lehrern und Lehrerinnen freudig begrüßt werden, denen an einer planvollen Ausbildung ihrer Schüler und Schülerinnen etwas gelegen ist. Die zweite Auflage der Zeichenschule von Prof. Conz erscheint in 7 Lieferungen à 1 M. im Verlage von Otto Mater in K a o e n s b u r g, der auf Wunsch ausführliche illustrierte Prospekte und Probehefte versendet.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Nur acht Tage gültig! Umsonst
erhält jeder, dem unsere Ware bisher noch nicht bekannt ist, 1 Probe-Stück
prima Nickel-Uhrkette No. 680
(wie Zeichnung)
zur Überszeugung
der Qualität unserer Ware, wer Mark L20 für Porto u. Verpackung einwendet. Beiler Wert mehr wie doppelt. Als Probe versenden wir jedoch nur ein Stück.
Haupt-Katalog enthält grosse Auswahl in Herren-, Damen-Uhr- und Halsketten, Broschen, Ringen, Taschenuhren, Regulatoren, Wecker, Portemonnaies, Pfeifen, Spanierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schüss- u. Stuchwaffen, Wagen, Sesseln, Reben- oder Gartenschere, Gärtnermesser, Brot-, Schälche, Gemäse-, Hack- und Wiegemesser, Taschenmesser, Rasiermesser, Tafelmesser und Gabeln, Damen-, Haar- und Schneidescheren, Haarmaschinen, Rasierstenteln, Musikinstrumente, Schmuck- und Haushaltungsartikel, Kinderpielwaren und Christbaumschmuck etc. versenden wir gratis und franko ohne Kaufzwang.
Versandhaus Gebrüder Bell, Gräfrath Solingen (Stahlwarenfabrik, gegründet 1876)

Künstlerische Ausführung. — Billigste Preise in
*** Vereinsfahnen ***
Chärgen, Fahnenbändern, Vereinsabzeichen, etc.
Carl Neff's Fahnenfabrik, Kunststickerel
Biberach (Württhg) Waldseerstr. 16.

Kaupheim (Ortsverb.). Reinrad, Joera, Halengasse 10. Durchreisende Mitglieder des Gewervereins der Tischler erhalten 20 Pf. Unterstützung.
Magdeburg. Bauhandwerker 75 Pf. bei E. Schröder, Luisenstr. 14.
Spanbau (Ortsverb.). Verpflügungsbau beim Kassierer Eduard Hartmann, farten bei Worten, Gabelstr. 4 III. Wiesenstr. 10.
Fackel werden gesucht.
Alfred & Anton Lehmann, Ober-Zschöneweide.
Essen (Mühr). Herberae zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflügungsfarten im Gewervereins-Bureau, Post-Allee 33.
Eisenach (Ortsverband). Karten beim Kassierer Eduard Hartmann, farten bei Worten, Gabelstr. 4 III. Wiesenstr. 10.

Kassen-Abichlug der Frauen-Bezirkskassirer des Verbandes pro I. Quartal 1906.

Einnahme	M		Ausgabe	M	
	1	2		1	2
Vortrag ..	1355	66	Der Begräbnisgeld ..	820	—
Beiträgen ..	1708	80	Entschädigungen:		
Eintrittsgeld ..	2	—	Vertrauensmänner ..	41	50
Kaution ..	1	62	Vorstandsbeschlüsse ..	9	—
Zinsen ..	782	50	Haupttreisoren ..	9	80
Ausgeloste Bri- papiete ..	600	—	Hauptkassierer ..	75	—
			Hauptkontroleur ..	60	—
			Kaufm. Aufsichtsamti ..	1	60
			Druckkosten ..	6	—
			Juridizyphable Kaution ..	4	01
			Bekaufte Wertpapiere ..	2383	70
			Zinsentschädigung ..	17	15
			Courtaae u. Stempel ..	6	03
			Depot-Gebühren ..	88	50
			Porto und Abtrag ..	51	75
			Kassenbestand ..	921	08
	4445	14		4445	14

Gesamt-Vermögen*)

	Reinwert		Gauwert	
	M	S	M	S
3 1/2% Berliner Stadt- Anleihe ..	22900	—	22783	70
8% Deutsche Reichs- Anleihe ..	57500	—	51125	—
Kassenbestand ..	921	08	921	08
	81821	08	74829	78

Mitgliederzahl: 1585.
Berlin, den 1. April 1906.
H. Klein,
Hauptkassierer.

Geprüft: Berlin, 11. Mai 1906.
Rudolf Menzel, Paul Senfel,
H. Scharff,
Revisoren.

*) Einschließlich der seitens des Hauptkassierers und der Vertrauensmänner gehaltenen Kaution in Höhe von 377,63 M.

Verantwortl. Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. — Druck u. Verlag: G. Webede & Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110